



**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

**KI Bundesverband e.V.**  
**Im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Raum 4113**  
**Schiffbauerdamm 40**

**10117 Berlin**

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

### **Wie wollen Sie sicherstellen, dass vor allem junge KI Unternehmen genügend Investitionen erhalten? Wie bewerten Sie die Einführung eines speziellen KI-Investmentfonds und eines Förderprogramms für private Investoren?**

Neben der Finanzierung durch private Geldgeber halten wir KI für ein so wichtiges Thema, dass auch seitens des Bundes entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Grundsätzlich gilt: Die Beteiligung der öffentlichen Hand an Investitionen kann das von privaten Investoren benötigte Geld verringern und dadurch das Risiko für private Investoren senken und Investments attraktiver machen. Das gilt es insbesondere im Bereich KI zu nutzen.

Zur Förderung des Themenfeldes "Künstliche Intelligenz" (KI) sollen aus dem Bundeshaushalt jährlich zusätzlich zu den bestehenden Etats 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Damit sollen sowohl Forschung und Entwicklung, aber auch die Förderung von StartUps unterstützt werden.

Zur Beratung der Unternehmen sollen regionale "KI-HUBs" aufgebaut werden, die im Rahmen der Unternehmensentwicklung sowohl zu KI beraten, als diese auch in Modellregionen bei der Einführung begleiten.

3. Juli 2021

### **Bundeschristenrat**

Sebastian Alscher  
Markus Barenhoff  
Frank Grenda  
Stefano Tuchscherer  
Joachim Rotermond  
Manuel Wolf  
Wolf Vincent Lübcke  
Detlef Netter  
Andreas Lange

*Mail:*

[vorstand@piratenpartei.de](mailto:vorstand@piratenpartei.de)

### **Bundesgeschäftsstelle Piratenpartei Deutschland**

*Telefon:*

+49 30 2757 2040

*Telefax:*

+49 30 6098 9751 7

*Bankverbindung:*

GLS Gemeinschaftsbank eG

*IBAN:*

DE36 4306 0967 7006 0279 00

*BIC:*

GENODEM1GLS

[www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)

*Um die Akzeptanz von KI-Anwendungen bei KMU zu erhöhen, schlagen wir die Einführung einer KI-Prämie vor. Eine finanzielle Absicherung kann UnternehmerInnen das Risiko bei der Einführung von KI Anwendungen nehmen und schließlich die Skepsis vor KI.*

**Befürworten Sie die Einführung einer solchen Prämie?**

Prinzipiell sind wir der Ansicht, dass jegliche Art privatwirtschaftlicher Gründungen nicht von der persönlichen finanziellen Ausstattung abhängig sein darf. Das Scheitern einer Idee darf nicht dazu führen, dass die mutige unternehmerische Entscheidung in der Armutsfalle endet. Wir setzen uns daher für ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen ein, welches beim Scheitern einer Idee eine ökonomische Mindestabsicherung und die Teilhabe an der Gesellschaft sichern würde und somit viele Gründungen in vielen Bereichen unterstützt.

*Vielen Startups und KMU ist der Verwaltungsaufwand für Förderprogramme zu hoch.*

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich in der nächsten Legislaturperiode mehr KI-Unternehmen auf die Förderungen bewerben?**

Für die Umsetzung der KI-Strategie braucht es auf Bundesebene ein zentrales Steuerungsgremium, das die Umsetzung der strategischen Ziele beobachtet und sie gegebenenfalls anpasst. Hierzu gehört auch die regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen und die Sicherstellung ihrer Effektivität. Das Nicht-Abrufen von Fördertöpfen, wie es an anderen Stellen im Bereich der Digitalisierung bisher bereits geschah, ist ein Warnsignal, dass man an der Realität vorbeigeplant hat. Dies muss an dieser Stelle erkannt und unmittelbar behoben werden. Beispielsweise durch eine Betreuung der Interessenten in den oben beschriebenen KI-HUBs, deren Ziel es ja ist, Unternehmen aus dem KI-Umfeld zu beraten und zu begleiten. Förderung jeder Art - finanziell ist ja nur eine - gehört hier dazu.

*Die Beteiligung von Mitarbeitern am Unternehmen ist ein wichtiges Mittel, um Talente zu gewinnen, aber auch ein mögliches Instrumentarium für sozialen Aufstieg.*

**Wie stehen Sie zu dem in dieser Legislatur beschlossenen Fondsstandortgesetz? Welche weiteren Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie?**

Mitarbeiterbeteiligung ist essentiell für die Motivation bei Startups. Wir setzen uns für die Einführung einer GmbH im Verantwortungseigentum ein. Ebenso brauchen wir dringend ESOPs, die nicht durch steuerlichen Einschränkungen das ganze Programm unattraktiv werden lassen, bzw keine komplexen Konstrukte verlangen. Das Fondsstandortgesetz hat in diesem Hinblick das Dry-Income-Problem adressiert aber scheinbar nicht in Gänze verstanden, es kann in der jetzigen Form nur ein erster Schritt sein. Beispielsweise wirkt die Besteuerung bei einem Arbeitgeberwechsel wie ein Kündigungsverbot, denn es kommt eine steuerliche Belastung auf den Arbeitnehmer zu, ohne dass er die finanziellen Mittel aus einem Verkauf erhält, oder es fehlt noch eine Lösung für den Grown-up-Bereich, um nur einige wenige Probleme zu nennen. Allein die Abschaffung der Einschränkungen wäre bereits eine Verbesserung, die ohne erhebliche juristische Mühen zu erreichen ist.

*KI hat als Querschnittstechnologie die Chance, unter anderem die Energiewende voranzutreiben.*

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass vor allem nachhaltige KI-Produkte gefördert werden?**

Wie überall ist dies auch im Gebiet der Energietechnologien durch entsprechende Förderrichtlinien festzulegen. Hierzu muss der entsprechende Wissensstand bei denjenigen, die die Richtlinien erstellen, vorhanden sein. Dies ist mit entsprechender Weiterbildung zu gewährleisten.

*Deutschland ist weltweit führend in der KI-Forschung. Leider scheitern viele ambitionierte Ideen in Deutschland und werden dann im Ausland zu fertigen Produkten weiterentwickelt.*

**Was sind Ihre Vorschläge, um den Transfer von Wissenschaft in die Industrie zu verbessern?**

Attraktive Arbeitsbedingungen, die die Talente im Land halten, sind eine Grundvoraussetzung für einen dynamischen und zukunftsorientierten Standort Deutschland. Seitens des Staats müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden: Es gibt bereits viele Universitäts-Spin-Offs, von denen man lernen kann, gleichzeitig sind Themen wie Mitarbeiterbeteiligung und Finanzierung von Geschäftsmodellen weitere Punkte, an denen - wie oben beschrieben - angesetzt werden kann. Die oben beschriebenen KI-HUBs sollen eine frühzeitige Entwicklung kleiner Unternehmen fördern, um den Transfer von den Unis in die Wirtschaft flüssiger zu gestalten und zu etablieren.

Auch einer separate Anteilsklasse ohne Informations- und Stimmrecht stehen wir offen gegenüber.

Wir glauben auch, dass auch eine gesellschaftliche Verankerung zu einem offeneren und positiven Umgang und Verständnis mit KI wichtig ist, und so zu einer besseren Akzeptanz der Unternehmen führen kann. Eine Kultur, die KI nicht häufig feindlich gegenüber eingestellt ist, wird ebenfalls Deutschland attraktiver machen. Wir möchten daher, um den Umgang mit KI und deren Folgen zu erlernen bzw. zu verstehen diese Themen in die Schul- und Studienplänen mit aufnehmen. Zusätzlich sollen entsprechende Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte und interessierte Bürger aufgelegt werden.

*Die Europäische Union arbeitet aktuell an einer Regulierung zur Künstlichen Intelligenz. Den Mitgliedstaaten kommt darin die Aufgabe zu, nationale Aufsichtsbehörden zu ernennen.*

**Welche Behörden sehen Sie dafür als geeignet an?**

**Müsste eine neue Behörde geschaffen werden?**

KI ist ein Querschnittsthema, welches in allen Ministerien und Behörden mitgedacht werden muss. Somit ist die Schaffung einer eigenständigen Behörde eher kontraproduktiv, will man tatsächlich sicherstellen, dass KI als selbstverständlicher Bestandteil der Entwicklung in allen Bereichen anerkannt wird.

*Nach dem Abschluss der Enquete-Kommission KI findet das Thema im Bundestag leider nicht mehr statt. Wir fordern daher, einen parlamentarischen Beirat für Künstliche Intelligenz einzusetzen, um das Thema fest in der Agenda zu verankern.*

**Wie stehen Sie dem Einsetzen eines solchen Beirats gegenüber?**

Wir fordern auf Bundesebene ein zentrales Steuerungsgremium, das das Thema künstliche Intelligenz dauerhaft begleitet und die Umsetzung der strategischen Ziele beobachtet und sie gegebenenfalls anpasst. Notwendig wird dies vor allem vor dem Hintergrund der schnellen technologischen Entwicklungen sein. Dies kann sowohl unter Führung eines einzurichtenden Digitalministeriums erfolgen, als auch alternativ im Rahmen eines zu gründenden und paritätisch besetzten „Nationalen KI-Rates“.

*Der Umgang mit Daten wird immer wichtiger. Wir fordern daher ein Fach Datenkunde in den Schulen und den meisten Studienfächern sowie Weiterbildungen in Datenkunde am Arbeitsplatz und für Arbeitsuchende.*

**Welche Schritte möchten Sie ergreifen, um die Datenkenntnisse der Bevölkerung zu verbessern?**

Lebenslanges Lernen, was in allen Bereichen gefordert wird, muss Daten- und Medienkunde beinhalten. Das beginnt bei der Ausbildung von Lehrenden und Erziehenden, setzt sich über die Vermittlung in Kitas, Schulen, Universitäten und Ausbildungen fort und muss auch in den Bereichen der Weiterbildung eine zentrale Rolle spielen.

Um den Umgang mit KI deren Folgen zu erlernen bzw. zu verstehen sind diese Themen in den Schul- und Studienplänen an geeigneter Stelle zu verankern. Zusätzlich sollen entsprechende Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte und interessierte Bürger aufgelegt werden. Zielführender in der Vermittlung als klassischer Unterricht ist dabei das Einbinden in alltägliche Situationen, die in allen möglichen Lehr- und Lernbereichen stattfinden kann.

Kunst und Kultur befinden sich in ständiger Wechselwirkung mit technologischen Entwicklungen.  
**Inwieweit wird ein/e Bundesbeauftragte/r der wachsenden Zahl neuer digitaler Kunstformen gerecht werden?**

Es fängt bereits mit der beruflichen Herkunft an. Wer in der klassischen Kulturarbeit sozialisiert ist, wird sich mit digitalen Kunstformen schwerer tun, als jemand, der bis dato tagtäglich damit zu tun hatte. Hier ist also mehr denn je auf die Qualifikation zu achten, die in den üblichen Bewerbungsverfahren oftmals andere Aspekte wie Alter, Geschlecht oder ethnische Herkunft bewerten. Besetzt man die Stelle einer Bundesbeauftragung in anonymen Verfahren, die Erfahrungen sowohl in klassischer wie in digitaler Kulturarbeit als wichtigstes Kriterium anlegt, wäre zumindest das Verständnis für beide Ausprägungen erwartbar.

Darüber hinaus kommt es auf die konkrete Ausgestaltung des Aufgabenbereiches an. Hier müssen sämtliche Kunstformen die gleiche Wertigkeit haben und jegliche Neu- und Weiterentwicklung das Arbeitsfeld erweitern.

**Welchen Standpunkt haben Sie zu urheberrechtlichen Aspekten kollaborativ mit KI geschöpfter Werke?**

Prinzipiell setzen wir uns für eine gerechte Entlohnung für jegliche Art von künstlerischer Tätigkeit ein. Kollaborativ mit KI entstandene Schöpfungen müssen dabei die Erschaffung der KI wie auch die Erschaffung der daraus entstandenen Kunst angemessen berücksichtigen, wenn es um die Verteilung der daraus entstehenden Einnahmen geht. Prinzipiell fördern wir Entlohnungssysteme, die diejenigen, die Werke erschaffen einen höheren Anteil garantieren, als denjenigen, die die Vermarktung der Werke betreiben.

Mit freundlichen Grüßen  
Piratenpartei Deutschland

Thomas Ganskow  
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine